

KLEINE ANFRAGE

der Abgeordneten Beate Schlupp, Fraktion der CDU

Absage der Bundesgartenschau (BUGA) Rostock

und

ANTWORT

der Landesregierung

Vorbemerkung

Am 22. Juni 2022 hat die Rostocker Bürgerschaft auf Antrag der Stadtverwaltung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock beschlossen, die BUGA 2025 in Rostock abzusagen. Gleichzeitig hat sie die Leitentscheidung vom 21. Oktober 2020 aufgehoben und den Oberbürgermeister, Herrn Madsen, beauftragt, die Projektbausteine der Stadtentwicklung auf Basis der vorgenommenen Priorisierung umzusetzen und dafür alle notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der neuen Strukturen vorzubereiten:

- Beendigung und Abwicklung des Durchführungsvertrages mit der Deutschen Bundesgartengesellschaft (DBG),
- Anpassung des Gesellschaftervertrages der BUGA Rostock 2025 GmbH auf das Bestandsgeschäft IGA Park und
- Aufhebung der Mitarbeiterzuweisungen und Prüfung der Umsetzung der in der BUGA Rostock 2025 GmbH ansässigen Mitarbeitenden innerhalb des kommunalen Konzerns.

Die vom Land zugesagten Fördermittel in Höhe von 60 040 000 Euro waren an die BUGA 2025 in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gebunden.

Zu den in und von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock geplanten städtebaulichen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit, das heißt den ehemaligen BUGA-Projekten sowie weiteren für die Stadtentwicklung außerordentlich bedeutsamen Vorhaben, wie dem Archäologischen Landesmuseum oder dem Neubau des Volkstheaters, sind nach den Entscheidungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock neue beziehungsweise weitere Abstimmungen zwischen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und der Landesregierung erforderlich.

1. Welche Projekte, die im Rahmen der BUGA geplant waren, sollen weiterhin, nach welcher Priorität, umgesetzt werden?
 - a) Wie ist der Planungs- beziehungsweise Genehmigungsstand der aufgeführten Projekte?
 - b) Welcher Zeitraum ist für die Umsetzung der aufgeführten Projekte geplant?

Die Fragen 1, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Nach Angaben der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sollen alle ehemaligen BUGA-Maßnahmen mit folgenden Prioritäten und Fertigstellungszielen umgesetzt werden:

Kategorie A (hoch), Fortsetzung der Maßnahmenumsetzung

- Warnowbrücke – Bundesförderung – 12/2026
- Warnowquartier – Bundesförderung – 12/2026
- Stadthafen TB 1 (Christinenhafen) – 12/2026
- Stadthafen TB 2 (Kempowski Ufer/Kaikante) – 12/2025
- Stadthafen TB 2 (Kempowski Ufer Freianlage) – 12/2026
- Hochwasserschutzmaßnahmen als Voraussetzung für die Sanierung des Stadthafens;

Kategorie B (mittelfristig, nach Überprüfung der Ausführ- und Finanzierbarkeit)

- Hechtgrabenniederung – 12/2024
- Stadtpark – 12/2026

Kategorie C (zurückgestellt)

- Stadthafen TB 3 (Haedgehafen)
- Greifenbrücke.

Für alle aufgeführten Projekte sind die Planungs- und Genehmigungsarbeiten nicht abgeschlossen.

2. Wie hoch werden die Kosten für die Umsetzung der ehemaligen BUGA-Projekte veranschlagt?
 - a) Aus welchen Finanzmitteln (Land, Bund, EU) sollen diese finanziert werden?
 - b) Inwieweit ist diese Finanzierung im Haushalt abgebildet?

Die Fragen 2, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Nach der Kalkulation durch die BUGA-Gesellschaft in der Risikoanalyse belaufen sich die Kosten für die ehemaligen BUGA-Projekte mit Stand März 2022 auf 186 000 000 Euro. Damit wurde unter Berücksichtigung der veränderten Marktlage eine Steigerung um 32 Prozent gegenüber der Leitentscheidung der Rostocker Bürgerschaft vom 21. Oktober 2020 prognostiziert.

Nach den Vorstellungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sind für die Projekte der Kategorie A Kosten in Höhe von rund 153 200 000 Euro bei einer Beteiligung des Landes mit rund 31 500 000 Euro und des Bundes mit rund 59 600 000 Euro veranschlagt.

Die Finanzierung dieser Projekte soll nach Prüfung auf Förderfähigkeit aus geltenden Förderprogrammen des Bundes und des Landes sowie aus Eigenmitteln der Hanse- und Universitätsstadt Rostock erfolgen. Die Fördermittel sind in Förderprogrammen in den Haushalten des Bundes und des Landes veranschlagt, aber nicht konkret auf die einzelnen Projekte bezogen.

3. Inwieweit hat es weitere Finanzierungszusagen gegenüber dem ehemaligen Oberbürgermeister (OB) zur Umsetzung der Projekte der BUGA vonseiten der Landesregierung gegeben?
 - a) Wann hat es Gespräche hierzu zwischen dem ehemaligen OB und Vertretern der Landesregierung gegeben?
 - b) Wer war an diesen Gesprächen beteiligt?

Zu 3 und a)

Die Fragen 3 und 3 a) werden zusammenhängend beantwortet.

In den Gesprächen zwischen den Ressorts der Landesregierung auf Ministerebene und dem ehemaligen Oberbürgermeister, Herrn Madsen, am 3. Mai 2022 und am 27. Juni 2022 wurden seitens des Landes keine Finanzierungszusagen zur Umsetzung der BUGA-Projekte gegeben.

Zu 3 b)

Am Gespräch am 3. Mai 2022 waren folgende 21 Personen beteiligt:

Herr Dr. Backhaus	Minister	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
Frau Aßmann	Staatssekretärin	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
Herr Dahlemann	Chef der Staatskanzlei	Staatskanzlei
Herr Dr. Geue	Minister	Finanzministerium
Herr Schmülling	Staatssekretär	Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung
Frau Jesse	Staatssekretärin	Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit
Herr Weber	Abteilungsleiter	Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit

Herr Sandner	Geschäftsführer	Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH
Herr Madsen	Oberbürgermeister	Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Herr Fudickar	Geschäftsführer	BUGA Rostock 2025 GmbH
Herr Robert Strauß	Planungsleiter	BUGA Rostock 2025 GmbH
Herr Dr. v. Wrycz Rekowski	Senator	Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Herr Matthäus	Senator	Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Herr Thalheim	Referent	Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Herr Koschkar	Pressereferent	Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Herr Julian Barlen	Vorsitzender SPD-Fraktion	SPD-Fraktion des Landtages
Herr Tantzen	Pressereferent	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
Frau Zinke	Abteilungsleiterin	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
Herr Helmke	Referent	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
Herr Dr. Lorenz-Henneberg	Referent	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
Frau Koop	Sachbearbeiterin	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt

Am Gespräch am 27. Juni 2022 waren folgende 18 Personen beteiligt:

Herr Dr. Backhaus	Minister	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
Frau Aßmann	Staatssekretärin	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
Herr Dr. Geue	Minister	Finanzministerium
Herr Pegel	Minister	Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung
Frau Martin	Ministerin	Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten
Herr Schulte	Staatssekretär	Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit

Herr Weber	Abteilungsleiter	Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit
Herr Laubner	Abteilungsleiter	Staatskanzlei
Herr Wauschkuhn	Abteilungsleiter	Finanzministerium
Herr Wenzl	Abteilungsleiter	Finanzministerium
Frau Lück	Präsidentin der Bürgerschaft	Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Herr Madsen	Oberbürgermeister	Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Herr Bockhahn	Senator	Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Herr Matthäus	Senator	Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Herr Tantzen	Pressereferent	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
Frau Zinke	Abteilungsleiterin	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
Herr Dr. Lorenz-Henneberg	Referent	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
Frau Koop	Sachbearbeiterin	Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt

4. Wer ist Mitglied der neuen interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) der Landesregierung zur Unterstützung der Projekte, die in den nächsten Jahren in Rostock, trotz Absage der BUGA, umgesetzt werden sollen?
- a) Welche Aufgaben nimmt die IMAG wahr?
- b) In welchen Abständen sind Treffen der IMAG vereinbart?

Die Fragen 4, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Die Landesregierung richtet eine Arbeitsgruppe „Rostock-Plan“ aus Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Ministerien des Landes auf Abteilungsleitungsebene sowie den zuständigen Senatoren der Stadt Rostock unter Leitung des Finanzministeriums zur Begleitung der vorgesehenen Bauprojekte in Rostock ein. Die erste Sitzung soll im September stattfinden. Aufgabe der Projektgruppe ist die transparente gegenseitige Information zu den rechtlichen, finanziellen, technischen, terminlichen und administrativen Sachständen der geplanten Bauprojekte sowie die Koordinierung der beteiligten Landesministerien und der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Der Tagungsrhythmus der Projektgruppe wird auf der konstituierenden Sitzung festgelegt.

5. Inwieweit stehen die seitens der Landesregierung in Aussicht gestellten Fördermittel für die Umsetzung der BUGA weiterhin für die Umsetzung von Projekten der Hansestadt Rostock zur Verfügung?
 - a) Inwieweit waren für die Umsetzung der BUGA-Projekte Bundes- und EU-Mittel zur Finanzierung vorgesehen?
 - b) Stehen diese Finanzmittel weiterhin für die Umsetzung von Projekten in der Hansestadt Rostock zur Verfügung?

Die Fragen 5, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Die ehemaligen BUGA-Projekte sollten über Förderrichtlinien des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Höhe der geltenden Fördersätze mitfinanziert werden. Die vorgesehenen Landesförderprogramme werden ihrerseits grundsätzlich aus EU-, Bundes- und Landesmitteln gespeist und umfassten insgesamt 60 040 000 Euro.

Die in Aussicht gestellten Fördermittel standen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Durchführung von BUGA-Projekten. Dieser Zusammenhang ist mit der Absage der BUGA entfallen. Die Fördermittel stehen damit grundsätzlich der Zuführung zu Infrastrukturprojekten im Land Mecklenburg-Vorpommern frei zur Verfügung. Zu der Frage, inwieweit ein Einsatz dieser Mittel auch für Projekte in der Stadt Rostock in Betracht kommen kann, finden Gespräche mit Vertretern der Hanse- und Universitätsstadt Rostock statt.

Die Mittel aus den Bundesprogrammen für die Warnowbrücke und das Warnowquartier stehen unabhängig von der abgesagten Bundesgartenschau 2025 in Rostock zur Verfügung.

Vom Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung werden weiterhin für das Vorhaben „Warnowquartier“ Landesmittel in Höhe von 7 500 000 Euro und Bundesmittel in Höhe von 25 000 000 Euro bereitgestellt. Die Bereitstellung von EU-Mitteln für diese Maßnahmen war bisher und ist auch in Zukunft nicht vorgesehen.